

Beschlussempfehlung und Bericht

des Sportausschusses (5. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten der Abgeordneten Jörn König, Klaus Stöber, Andreas Bleck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/10392 –

Förderung und Unterstützung ehrenamtlicher Funktionsträger im Sportverein

A. Problem

Der Vereinssport in Deutschland ist in hohem Maße auf das Engagement Ehrenamtlicher und freiwilliger Helfer angewiesen, sie sichern die Vereinsstrukturen und ermöglichen den Sportbetrieb. Eine Vielzahl von Gründen, beispielsweise der demographische Wandel, der Ganztagschulbetrieb und sich verändernde persönliche Lebensplanungen, führen dazu, dass die Gewinnung von Ehrenamtlichen für die Vereinsarbeit schwieriger wird.

B. Lösung

Die antragstellende Fraktion der AfD beantragt, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung zu geeigneten Maßnahmen zur Problemlösung auffordert. Darunter fallen Aus- und Weiterbildungsprogramme, Entlastung bei der Ausbildung der Ehrenamtlichen, die Schaffung von Anreizen, Informations- und Beratungsangeboten sowie Förderprogramme. Auch die Reduzierung von Bürokratie, die Anerkennung von Qualifikationen und die Stärkung des gesellschaftlichen Stellenwertes des Ehrenamtes sollen zur Lösung beitragen.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/10392 abzulehnen.

Berlin, den 26. Juni 2024

Der Sportausschuss

Frank Ullrich
Vorsitzender

Sabine Poschmann
Berichterstatterin

Fritz Güntzler
Berichterstatter

Philip Krämer
Berichterstatter

Philipp Hartewig
Berichterstatter

Jörn König
Berichterstatter

Dr. André Hahn
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Sabine Poschmann, Fritz Güntzler, Philip Krämer, Philipp Hartewig, Jörn König und Dr. André Hahn

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/10392** in seiner 154. Sitzung am 22. Februar 2024 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Sportausschuss und zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion der AfD sieht das den Sport und seine Vereine tragende Ehrenamt unter Druck und stellt fest, dass es für Sportvereine immer problematischer werde, Ehrenamtliche für die Arbeit zu gewinnen und zu binden. Die demographische Krise, der Ganztagsschulbetrieb und ein verändertes Selbstverständnis der Ehrenamtlichen führten zu insgesamt verringertem Engagement von Ehrenamtlichen im Sport. Dies gefährde den direkten Sportbetrieb durch Übungsleiter und Übungsleiterinnen und die Verwaltung des Vereins durch Übernahme von Vorstandsämtern gleichermaßen. Die Vereinssportlandschaft befinde sich in einem Wandel, der sich auch auf das Ehrenamt auswirke. Zur Lösung des Problems soll die Bundesregierung aufgefordert werden, sich für eine Verbesserung der Aus- und Weiterbildungsprogramme für ehrenamtliche Funktionsträger einzusetzen. Ebenfalls notwendig seien Haushaltsmittel des Bundes für Länder und Kommunen, um die Vereine bei der Ausbildung für ehrenamtliche Funktionsträger zu entlasten. Anreize für ehrenamtliche Funktionsträger müssten geschaffen, Informations- und Beratungsangebote durch Länder und Kommunen entwickelt und Förderprogramme und Unterstützungsleistungen verständlicher zugänglich gemacht werden. Bürokratische Anforderungen an die Vereine seien zu reduzieren und ehrenamtliche Qualifizierungen für den beruflichen Werdegang anzuerkennen. Der gesellschaftliche Stellenwert des Ehrenamtes müsse gestärkt werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/10392 in seiner 83. Sitzung am 26. Juni 2024 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe BSW.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 20/10392 in seiner 70. Sitzung am 26. Juni 2024 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe BSW.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 20/10392 in seiner 78. Sitzung am 26. Juni 2024 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Sportausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/10392 in seiner 55. Sitzung am 26. Juni 2024 beraten. Als Ergebnis empfiehlt der **Sportausschuss** mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, den Antrag auf Drucksache 20/10392 abzulehnen.

Die **Fraktion der SPD** kritisierte, dass der Antrag viel zu oberflächlich sei. Konkrete Vorschläge zur Förderung und Stärkung des Ehrenamts in Sportvereinen bleibe die AfD schuldig. Die Bundesregierung hingegen sei bereits deutlich weiter: Mit dem ReStart-Programm sei durch die Förderung der Ausbildung von Übungsleiterinnen und Übungsleitern ein wichtiger Impuls geliefert worden. Zudem habe die im Rahmen der Erarbeitung des Entwicklungsplans Sport eingesetzte Arbeitsgruppe 2 („Förderung von Ehrenamt“) bereits viele und konkrete Maßnahmen vorgeschlagen. Die Bundesregierung sei aktuell dabei, diese Maßnahmen zu prüfen und den Entwicklungsplan vorzulegen. Insgesamt sei der AfD-Antrag substanzlos, daher lehnte die SPD-Fraktion den Antrag ab.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellt fest, dass, auch wenn die Ausgangsthese – Vereinssport ist ohne Ehrenamtliche nicht denkbar und diese benötigen stärkere Förderung – sicherlich nicht unzutreffend sei, festgestellt werden müsse, dass der vorliegende Antrag keine brauchbaren Ansätze zur Verbesserung der Situation der ehrenamtlich Tätigen in den Vereinen biete, denn der Forderungskatalog dieses Antrags gerate viel zu pauschal und vor allem zu oberflächlich. So reiche es nicht aus, von der Bundesregierung zu fordern, sie möge sich dafür einsetzen, dass Anreize für ehrenamtliche Funktionsträger geschaffen werden. Die Antragsteller hätten genauer herausarbeiten müssen, welche Anreize hier nach ihrer Auffassung in Betracht kämen. Ebenso wenig genüge es, die Bundesregierung aufzufordern, sich für die Stärkung des gesellschaftlichen Stellenwerts des Ehrenamtes einzusetzen. Auch hier hätte der Antrag konkrete Forderungen nennen und Handlungsvorschläge unterbreiten müssen. Da diese Oberflächlichkeit sich durch den gesamten Forderungskatalog des Antrags ziehe, sei er abzulehnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hob hervor, dass bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt einen großen Stellenwert in der Gesellschaft habe und eine wichtige Verankerung in der Politik der Regierungsfractionen finde. Die Menschen in Vereinen und Verbänden seien wichtige Stützen für Bildungsarbeit und gesellschaftliche Werte – auch im Sport. Einige politische Vorhaben seien gestartet worden. Das Demokratiefördergesetz stehe endlich vor der parlamentarischen Verabschiedung und auch beim Bürokratienteilungsgesetz und im Gemeinnützigkeitsrecht habe man die Möglichkeit für umfangreiche Verbesserungen. Allerdings weise man auch darauf hin, dass steuerrechtliche Änderungen beim Übungsleiterfreibetrag und bei der Ehrenamtspauschale nur in Einklang mit gesunden Haushalten möglich seien.

Die **Fraktion der AfD** führte zur Begründung ihres Antrags an, dass der grundsätzliche Wandel, in dem sich die Vereinssportlandschaft befinde, sich auch negativ auf das ehrenamtliche Engagement auswirke. Faktoren wie enorme Bürokratie, rechtliche Komplexität und geringere Finanzspielräume der Kommunen, deren bisherige Aufgaben obendrein in die Verantwortung der Sportvereine verschoben worden seien, führten dazu, dass immer weniger Menschen zu dauerhaftem Engagement im Ehrenamt bereit seien. Für die – in den meisten Fällen ehrenamtlich organisierten – Sportvereine werde es immer schwieriger, ehrenamtliche Funktionsträger zu gewinnen und zu halten, was für einige Vereine bereits existenzbedrohend sei. Wenngleich Breitensport eigentlich Ländersache sei, habe auch die Bundesregierung nach der Corona-Pandemie und dann der Energiekrise die Handlungsnotwendigkeit erkannt und mit der Unterstützung des Breitensports selbst begonnen; so mit dem Programm „ReStart – Sport bewegt Deutschland“ und dem sogenannten Entwicklungsplan Sport. Die bereits ergriffenen und aktuell erarbeiteten Maßnahmen seien aber bei weitem nicht ausreichend. Die AfD-Fraktion fordere daher von der Bundesregierung, sich einzusetzen für eine Verbesserung der Aus- und Weiterbildungsprogramme ehrenamtlicher Funktionsträger, für Mittel für Länder und Kommunen zur Entlastung der Vereine bei der Ausbildung ehrenamtlicher Funktionsträger, für die Schaffung von Anreizen für Länder und Kommunen zur Entwicklung besserer Informations- und Beratungsangebote, für eine Erleichterung des Zugangs zu den Förderprogramme für die Vereine, für Entbürokratisierung, für eine Anerkennung der ehrenamtlichen Qualifizierung für den beruflichen Werdegang und für die Stärkung des gesellschaftlichen Stellenwerts des Ehrenamtes.

Die **Fraktion der FDP** lehnte den Antrag ab und wies darauf hin, dass bereits zahlreiche Maßnahmen zur Förderung ehrenamtlicher Funktionsträger in Sportvereinen umgesetzt würden. Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) biete viele Aus- und Weiterbildungsprogramme, darunter die Vereinsmanager-Lizenz, um Funktionsträger gezielt zu qualifizieren. Zudem gebe es staatliche Förderprogramme, die die Ausbildung und Unterstützung von Ehrenamtlichen förderten. Diese Programme würden kontinuierlich weiterentwickelt und angepasst, um den aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden. Die Bundesregierung setze sich im Rahmen des Entwicklungsplans Sport aktiv für die Stärkung des Ehrenamtes ein, indem sie gezielte Bildungs- und Entwicklungsmaßnahmen fördere und die gesellschaftliche Anerkennung des Ehrenamtes stärke. Auch die Länder und Kommunen böten vielfältige Informations- und Beratungsangebote, um die Vereine zu unterstützen. Der Antrag der AfD trage nichts Substanzielles zur Verbesserung der aktuellen Situation bei und wiederhole lediglich bekannte Probleme, ohne neue, durchdachte Lösungsansätze zu bieten. Dem Antrag fehle zudem eine klare Finanzierungsstrategie, um die vorgeschlagenen Maßnahmen umzusetzen. Statt auf vorhandenen Strukturen aufzubauen und diese zu optimieren, schaffe der Antrag unnötige Bürokratie, die wertvolle Ressourcen binde. Diese Ressourcen sollten besser direkt in die Unterstützung der ehrenamtlichen Funktionsträger fließen. Die Fraktion der FDP setze sich daher weiterhin für eine effiziente und zielgerichtete Förderung des Ehrenamtes ein, die auf bestehenden Programmen aufbaue und diese sinnvoll ergänze, anstatt redundante Maßnahmen zu fordern.

Die **Gruppe Die Linke** erklärte, es sei unstrittig, dass nicht nur ehrenamtlich tätige Übungsleiterinnen und Übungsleiter sowie Trainerinnen und Trainer, sondern auch die ehrenamtlichen Funktionärinnen und Funktionäre in den Sportvereinen besser gefördert und gewürdigt werden müssten. Die von der AfD hierzu vorgeschlagenen acht Punkte seien zumeist unkonkrete Allgemeinplätze und Floskeln, aber keine Lösungsvorschläge. Deshalb lehnte die Gruppe Die Linke den Antrag ab.

Berlin, den 26. Juni 2024

Sabine Poschmann
Berichterstatterin

Fritz Güntzler
Berichterstatter

Philip Krämer
Berichterstatter

Philipp Hartewig
Berichterstatter

Jörn König
Berichterstatter

Dr. André Hahn
Berichterstatter

